

Enztal-Blatt

Amtsblatt für Wildbad
Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.



Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis RM. 3.80 vierteljährlich, RM. 1.10 monatlich;
durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr RM. 3.80,
im sonst. inländischen Verkehr RM. 3.40 u. 30 Pf. Postbestellg.

Anzeigenpreis: die einseitige Pettzeile oder deren
Raum 10 Pfg., auswärts 25 Pfg., Stellamezelle
50 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Anzeigenannahme in Wildbad in der Expedition Wilhelmstraße 99; in Calmbach Hauptstraße 100, Bernspracher Str. 88.

Druck und Verlag der Wildbader Verlagsdruckerei

Schriftl.: Th. G. S. G. S., beide in Wildbad.

Nr. 255

Montag, 10. November 1919

Jahrgang 53

Wochenrundschau.

Die Verkehrsnot im Reich hat einen beängstigenden Grad erreicht. Vom 5. bis 15. November ist die gesamte Personenbeförderung auf der Eisenbahn mit Ausnahme der Arbeiterzüge gesperrt und nachher wird der Verkehr in solch enge Grenzen eingeschränkt, daß kaum ein Drittel der Personen- und Schnellzüge des Friedensstandes ausgeführt wird. Der Güterverkehr ist auf die notwendigsten Gegenstände beschränkt. Die Post befördert, abgesehen von Württemberg, keine Pakete und dergleichen mehr. Die Briefpost wird den Güterzügen überwiesen. Der Telegraph kann nur noch in wichtigen Angelegenheiten in Anspruch genommen werden. Ja, selbst der private Kraftwagenverkehr ist starken Einschränkungen unterworfen. Man soll sich doch deutlich machen, was das heißt. Wir sind um 100 Jahre zurückversetzt. Schon der Zusammenbruch des Personenverkehrs hindert den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens, das ohne die Möglichkeit eines leistungsfähigen Verkehrs nicht ungehindert pulsieren kann. Größer sind die Folgen beim Güterverkehr. Der Beförderung von Kohlen und Lebensmitteln soll die Einschränkung des Personenverkehrs zugute kommen, und hoffentlich reicht sie dazu aus. Aber wenn alle andere Güter liegen bleiben, das Saatgut und die Düngemittel für die Landwirtschaft, die sie gerade jetzt zur Herbstbestellung so notwendig braucht; die Rohstoffe für die Industrie, die fertigen Fabrikate, das Holz usw., so erleidet das gesamte Wirtschaftsleben eine schwere Störung. Jetzt spüren wir die 5000 Lokomotiven und die 160 000 Wagen, die an den Feind abgeliefert werden mußten. Wir spüren die Kohlen, die im Frühjahr und Sommer nicht aus der Erde geholt worden sind; und die schlechte Beschaffenheit der mit Gewalt durchgehenden Kohlen. Die Hälfte aller der Lokomotiven, die uns noch geblieben sind, ist im Betrieb nicht verwendbar, weil die Maschinen anscheinungsbedürftig geworden sind. Im Frieden betrug der Reparaturstand kaum 20 Prozent. Tausende von Eisenbahnwagen werden mit Waren des Schleichhandels spazieren geführt oder liegen im Bestand der Stationen. Schon vom Gesichtspunkt des geordneten Güterverkehrs aus ist es höchste Zeit, daß man dem Schleichhandel unnachlässiglich auf die Nässe rückt. Trotz der barbarischen Friedensbestimmungen hätte die Verkehrsnot nicht den Umfang annehmen können, wenn nicht auf allen Gebieten die Ordnung so sehr gelockert worden wäre. Es ist nur zu begrüßen, daß die Regierungen nun einmal mit starker Hand eingreifen wollen, sei es wo es sei. Nur so werden die schwerwiegenden Maßnahmen der Verkehrsperre zu einer Besserung und zu einem Ziel führen.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß hat seine Arbeit fortgesetzt. Nachdem in den vorhergehenden Sitzungen der frühere deutsche Vorkämpfer in Washington Bernstorff schon die überraschende Wendung gemacht hatte, er habe in Washington den Eindruck gewonnen, daß die Vereinigten Staaten, d. h. Wilson, den Krieg an Deutschland auch ohne die Verwendung der Tauchboote erklärt hätten, sah man der Vernehmung des früheren Reichskanzlers von Bethmann Hollweg mit begreiflichem Interesse entgegen, da bekanntlich der Reichskanzler mit Rücksicht auf mögliche Bewidlungen mit Amerika sich dem Tauchbootkrieg widergesetzt hatte, solange es möglich war. Bei seiner Vernehmung, die am 31. Oktober begann, wurden dem Reichskanzler vom Vorsitzenden einige grundlegende Fragen vorgelegt, so namentlich die: warum die Reichsregierung Anfangs Dezember 1916 Wilson zur Vermittlung des Friedens gedrängt habe und ihm dann doch durch das eigene Friedensangebot vom 12. Dezember zuvorgekommen sei. Diese Einmischung soll nach der Aussage Bernstorffs Wilson bestimmt haben und verhängnisvoll geworden sein. Bethmann Hollweg begründete den Widerspruch damit, daß er zwei Eisen im Feuer habe halten wollen. Es sei nicht gut denkbar, daß Wilson sich durch das deutsche Friedensangebot habe aus dem Konzept bringen lassen, denn seine Vorkämpfer über die Friedensanregung vom Januar 1917 sei dieselbe gewesen, die er schon im November 1916 zu Papier gebracht hatte, also zu einer Zeit, wo er von dem deutschen Friedensangebot noch nichts wissen konnte. Der Zweck des Friedensangebots sei gewesen, auf den Friedenswillen der feindlichen Völker einzuwirken. Im englischen Ministerium seien zwei Strömungen vorhanden gewesen, die eine für, die andere

gegen den Frieden. Die feindliche Zensur habe das Friedensangebot unterdrückt. In Rußland seien der Zar und die Regierung der Rechte zum Frieden geneigt gewesen. Da kam die Revolution der bürgerlichen Klassen im März 1917, die unter dem Einfluß der englischen Politik sich eben gegen die Friedensabsichten des Zaren wandte. Er (Bethmann Hollweg) habe sich auf die Friedensvermittlung Wilsons nicht verlassen können, namentlich nicht darauf, ob sie in einem für Deutschland gelegenen Zeitpunkt unternommen werde. Die Oberste Seeresleitung habe von Wilson nichts wissen wollen und er selbst sei „steiflich“ gewesen, d. h. mit anderen Worten, er habe Wilson nicht getraut. Wie Wilson in dem Kreuzverhör vor dem amerikanischen Senat habe eingesehen müssen, habe denn auch Amerika sich bereits in voller Kriegsvorbereitung befinden, als Wilson seine berühmten 14 Punkte bekannt gab. Die deutschen Kriegsziele bekannt zu geben, wäre verfehlt gewesen, Deutschland sei damals auch nicht nach seinen Friedensbedingungen gefragt worden. Den Tauchbootkrieg hätte er (Bethmann) nach der schroffen Ablehnung des deutschen Friedensangebots nicht mehr aushalten können; die Oberste Seeresleitung habe ihn verlangt, der Kaiser habe ihn gebilligt und das ganze deutsche Volk mitfam dem Reichstag habe ihn gefordert. Es sei nahe gelegen, daß er unter diesen Umständen sein Amt niederlegte. Er habe es nicht getan, um die Bewirkung im Reich nicht größer werden zu lassen. In solcher Lage hätte, wie Bethmann sagte, ein Bismarck hergehört, um die Einheitslichkeit der Führung zu erzielen. — Herr von Bethmann Hollweg erschien vor den Schranken des Untersuchungsausschusses als derselbe, der er in seiner Amtsführung war; ein tiefer Denker, geistreich und von aufrichtigem Willen befeelt, aber ohne die Kraft des Entschlusses und der Tat. Er war ein vorbildlicher Oberpräsident (von Brandenburg) und Minister des Innern in Preußen wie ein solcher Staatssekretär des Reichs. Und er selbst hat wohl kein Verlangen nach dem Reichskanzleramt gehabt, das ihn in eine tragische Zweipartigkeit geführt hat. Das aber ist seine „Schuld“, an der er nicht schuld ist und die ihn berghoch erhebt über diejenigen, die ihm als „Kriegsschuldigen“ vor den Richterstuhl des Völkergerechts zerrren möchten.

Ueberhaupt diese feindlichen Staatsmänner! Die neueste Note der Verbündeten mit der Einladung zur Niederlegung des ersten Protokolls, mit dem der Frieden endlich hergestellt werden soll, gibt uns wieder eine Probe von ihrer Sinnesart. Die Verbündeten haben beschlossen, heißt es in der Note, den Friedensvertrag nicht in Kraft setzen zu lassen, ehe die Ausführung der von Deutschland im Waffenstillstandsvertrag und seinen Zusätzen übernommenen Verpflichtungen geregelt und bestimmt sei. Die Verpflichtungen seien aber nicht erfüllt, wie in einem ellenlangen Sündenregister nachzuweisen versucht wird. 42 Lokomotiven und 4460 Wagen seien noch im Rückstand — dabei wird übergangen, daß die Franzosen 12 000 Eisenbahnwagen widerrechtlich in Elsaß-Lothringen zurückhalten —; die deutschen Truppen seien noch nicht aus dem Baltikum entfernt; die deutsche Flotte in Scapa Flow sei arglistig zerstört worden; die aus Frankreich und Belgien „geraubten“ Kunstschätze seien nicht zurückgeliefert; die verlangten landwirtschaftlichen Maschinen seien noch nicht vollständig abgeliefert usw. Für diese Vertragsverletzung wird Deutschland zunächst eine exemplarische Strafe auferlegt. Binnen 60 Tagen nach Unterzeichnung des 2. Protokolls hat Deutschland 4 gute Kriegsschiffe und innerhalb 90 Tagen 400 000 Tonnen an Schwimmdoas, Schieppern, Daggerschiffen usw., innerhalb 10 Tagen die Maschinen und Motoren von drei großen Tauchbooten auszuliefern und den Geldbetrag für die im laufenden Jahr ans Ausland verkauften Flugzeuge an die Verbündeten herauszugeben. Wofür Deutschland diese Bußen nicht erfüllt, wird feindliches Militär in Deutschland einrücken und wird die Hungerblockade wieder aufgenommen.

Aus der feindlichen Note geht klar hervor, daß die Verbündeten keinen Frieden wollen, denn das zweite Protokoll hebt das erste, die Friedensbestätigung, vollständig auf und der famose Waffenstillstandsvertrag wird fortgesetzt verweigert, der den Feinden, vor allem Frankreich das Recht gibt, beim geringsten Anlaß „wegen Nichterfüllung des Vertrags“ aber uns herzufallen, deutsche Gebiete zu besetzen und jede andere „Straf“, die ihnen gubäunt, zu verhängen. Der Druck und die Erpressuna wird fortgesetzt, bis wir als willenlose Skla-

ven am Boden liegen. Darum sind die Bedingungen auch so ausgeklügelt, daß wir sie gar nicht erfüllen können. Und diese eigene Rechtlosigkeit sollen wir selbst unterschreiben für unabsehbare Zeit bekräftigen und Ja und Amen sagen, wenn man uns die Söhne um den Hals zieht. Verweigert aber Deutschland die Unterzeichnung, so sind schon Zwangsmaßnahmen vorgesehen. Es ist wohl kein Zweifel, daß Frankreich die Auslieferung der Kriegsgefangenen aus dem Grund verweigert, um seinen Druck fortsetzen zu können, und es wird sie wohl nicht freigeben, bevor das zweite Protokoll unterzeichnet ist.

Dazu kommt nun noch, daß die pflichtmäßigen Kohlenlieferungen an Frankreich wegen der Schwierigkeiten der Beförderung ins Stocken geraten sind. Gewiß hat man alles getan, was möglich war, um Frankreich zufriedenzustellen. Aber wir können doch nicht unsere Herbsternt im Frost verderben lassen, die ja leider schon zum Teil verloren sind und müßte jede Aflse auslassen, um die Kartoffeln und Rüben zu bergen und an Kohlen wenigstens das Allernotwendigste zu verteilen. Frankreich kennt keine Rücksicht und es droht und droht. Es leidet ja auch unter schwerem Kohlenmangel, weil es von Amerika, wo 400 000 Grubenarbeiter streiken, in der nächsten Zeit keine Kohlen mehr erhält. Aber wir können die uns auferlegten 20 000 Tonnen monatlich mit dem besten Willen nicht voll liefern. Es ist schon ein gewaltiges Opfer, wenn im ganzen Reich der gesamte Personenverkehr auf der Eisenbahn 10 bis 11 Tage eingestellt wird. Zu dem Schritt haben sich die Regierungen verpflichtet besonders auch deshalb entschlossen, um den Verpflichtungen gegen Frankreich nachkommen zu können, soweit es nur irgend in unseren Kräften steht. Wegen der verminderten Kohlenlieferungen scheinen ernste Verhandlungen geführt worden zu sein. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt nämlich im Anschluß an die Mitteilung von der stockenden Kohlenzufuhr halb mit: Jeder Mann soll wissen, daß uns in diesem Winter Ernstes bevorsteht: der Anfang einer Leidenszeit, durch die wir hindurch müßen.

Diese Leidenszeit ist aber der unpassendste Augenblick für Streiks und Generalkreiks. Herrscht denn in Deutschland völlige Blindheit? Was Wunder, wenn man im feindlichen Ausland glaubt, es gehe uns noch viel zu gut. So haben die vom Verband zur Erforschung der finanziellen Lage nach Deutschland entandten Sachverständigen dem Finanzanspruch der Friedenkonferenz berichtet, in Deutschland gebe es Geld wie Heu und von Not sei nichts zu merken. All das Gejammer der Regierung und der Zeitungen sei nur Geschwätz, weil Deutschland sich von der Bezahlung seiner Kriegslasten drücken wolle. Wer möchte bestreiten, daß ein Fremder, der auf kurze Zeit nach Deutschland herein kommt und das Leben und Treiben in gewissen Städten sieht, wirklich zu dieser Meinung kommen kann? Daß die Meinung grundfalsch ist, bedarf keines Wortes, aber die Friedenskonferenz wird den Berichten ihrer Sachverständigen glauben und darnach handeln. So ist es das Überleben der Profiteure und der Leichtsinne so weiter Kreise, die wir zu einem guten Teil für die „Leidenszeit“ verantwortlich machen müssen, vor der wir stehen.

Mit der Volkswirtschaften bloß scheint es nichts zu werden. England hat zwar erst wieder versichert, daß es die Blockade durchfahren werde, aber das will nicht viel bedeuten, da England allein gar nicht in der Lage wäre, die Blockade wirksam genug zu machen. Bei den anderen Staaten besteht keine Neigung für das brutale und niederträchtigste aller Kampfmittel; Amerika hat offen erklärt, daß es nicht mitmache. Die Amerikaner wollen ihre Geschäfte machen und haben bereits in Dänemark und Schweden Warenlager für Rußland errichtet. Vielleicht spielt in der Blockadeabsicht Englands auch das eine Rolle, daß der amerikanische Handel ferngehalten werden soll, der dem englischen eine höchst lästige Konkurrenz wäre. England glaubt ja Rußland als „sein“ Handelsgebiet in Beschlag nehmen zu dürfen und darum soll auch Deutschland mit den rücksichtslosesten Mitteln von jeder Berührung mit Rußland ferngehalten werden. Die „Germanisierung“ Rußlands wäre die größte Gefahr für England und die gesittete Welt des Völkerebunds, läßt die britische Regierung in der Londoner „Times“ verkünden. Die „Germanisierung“ ist aber in Wirklichkeit für die Engländer die Furcht vor dem Wiederaufleben des deutschen Handels in Rußland und dieses

Wiederaufleben wünscht man allerdings in Russland. Es
Sorge, daß die deutschen „Sunnen“ durch die „Germani-
sierung“ Russlands die gestützte Welt in die größte Gefahr
bringen könnten, ist also wieder nichts als blasser Ge-
schäftsneid, genau so wie der rühmlichst bekannt ge-
wordene Abscheu vor dem deutschen „Militarismus“ und
der deutschen „Autokratie“, der den „Bund der Drei-
undzwanzig“ zur Vernichtung des deutschen Wettbewerbs
tut.

Eine der Todsünden des zweiten Protokolls ist,
wie bemerkt, die angeblich unterlassene Rückberufung der
von der Entente gegen die Bolschewisten verlangten deut-
schen Infanterie aus dem Baltikum. Zum Kampf
gegen die Bolschewisten wären sie schon recht, aber daß
sie sich auf dem ehemaligen russischen Boden ansiedeln,
das darf nicht sein. Man denke nur, wie die Gesit-
tung gefährdet würde, wenn die Letzen und Echten auf
neue mit deutscher Kultur in Verbindung ständen, die durch
die Revolution und andere von der Entente approbierte
Mittel in Russland so unschädlich als möglich gemacht war.
Mit dem Abtransport der Deutschen will es aber nicht recht
vorwärts gehen. Nicht aus Schuld der deutschen Re-
gierung. Diese hat einen strengen Befehl zum Rückmarsch
gegeben und eine Frist bis 11. November gestellt. Aber
die Soldaten wollten nicht. Von den 35 000 Mann, die
zu den Russen des Oberst Awalow übergangen, sollen sich
etwa 5000 zur Rückkehr haben bewegen lassen, dafür ha-
ben neulich 1000 deutsche Soldaten das Reich verlassen
und sind bei Tauragga auf russisches Gebiet übergetre-
ten; sie wollten zu Awalow. Und die deutsche Re-
gierung hat keine Machtmittel, solche unerhörte Gehorams-
aufträge zu verhindern, da ihr durch den Waffenstill-
standsvertrag von der Entente fast alle Macht genom-
men ist. Von diesem Tatbestand wird sich die Kommissi-
on überzeugen können, die nun von der Entente auf
Verlangen und nach wiederholter Mahnung Deutschlands
endlich ins Baltikum geschickt werden soll. Der Kom-
mission gehört auch ein amerikanischer und ein japani-
scher Offizier an, so daß man wohl hoffen darf, daß
sie nicht bloß durch die von Clemenceau und Lloyd
George verordnete Brille sehen wird.

Der Untersuchungsausschuß.

Berlin, 6. Nov.

Zu Beginn der heutigen Sitzung des parlamentari-
schen Untersuchungsausschusses erklärte Graf Bernstorff
auf Befragen des Sachverständigen Gesandten von Rom-
berg, daß die amerikanische Regierung den
Inhalt der von Bernstorff nach Berlin ge-
sandten Depeschen kannte. Ob Amerika die De-
peschen vor der Entente, wie verabredet, geheim gehalten
habe, lasse sich natürlich nicht bejahen.

In seinen Darlegungen über den U-Boo Krieg wies
Admiral Koch darauf hin, daß durch das U-Boo zum
erstenmal die Möglichkeit gegeben war, ohne Hilfe der
Seeherrschaft die Art an die englische Seeherrschaft zu
setzen. Im Herbst 1916 war es immer klarer gewor-
den, daß die psychischen und wirtschaftlichen Mittel,
vor allem auch die der Bundesgenossen Deutschlands
im absehbarer Zeit zur Reize gehen würden im Er-
höpfungskrieg und in der Hungersnot. Es blieb al-
so nur die Wahl zwischen zwei Uebeln, von denen das
eine der sichere Untergang war. Admiral Kochen-
storf war der Ansicht, daß der Krieg auf dem Lande
nicht mehr gewonnen werden könne, und außerdem ver-
urteilte die Oberste Heeresleitung die Unterstützung der

Auf die Frage des Vorsitzenden Warmuth, ob
auch die Oberste Heeresleitung darüber orientiert war
daß die Wilsonsche Friedensaktion von Deutschland ange-
regt wurde, und ob sie dauernd auf dem laufenden ge-
halten wurde, verwies v. Bethmann Hollweg auf
das Telegramm des Kaisers vom 1. 10. 16: „Graf
Bernstorff ist auf persönlichen Befehl Sr. Majestät bei
Kaisers angewiesen, den Präsidenten Wilson zum Erlaß
eines Friedensappells zu veranlassen.“

Aus den Akten wird festgestellt, daß nicht nur Ge-
neralfeldmarschall v. Hindenburg, sondern auch Luden-
dorff unterrichtet waren. Ein Telegramm Ludendorffs
vom 25. Dezember 1916 bezeugt, daß trotz aller Friede-
schälmeien der Krieg mit allen Mitteln fortgeführt
werden. v. Bethmann Hollweg erklärte dazu ergänzend, daß
die Zweifel der Obersten Heeresleitung in die Politik
Wilson's ungeheuer waren und so sich das Ludendorff'sche
Telegramm erklärte.

Nach der Verteidigung des Staatssekretärs a. D.
Gelfferich wird von Admiral v. Capelle darauf
verwiesen, daß eine genaue Angabe über die Zahl der
zur Verfügung stehenden U-Boote für alle diejenigen
die nicht mitten drin standen, außerordentlich schwierig
war, da wir verschiedene Typen hatten, solche, die für
den Torpedokrieg angetrieben und solche, die für den
Minenrieg bestimmt waren.

Hg. Dr. Sinzheimer stellt fest, daß nach der
Akten Erzelenz v. Bethmann Hollweg monatelang kämp-
fen mußte, um zweifelsfreie Auskunft über die U-Boo
Räte zu bekommen.

Ueber die Wirkung des U-Boo Krieges führte Admi-
ral Koch noch aus: Admiral von Capelle war zu der Ueber-
zeugung gelangt, daß der U-Boo Krieg Eng und in fünf
Monaten niederzwingen würde. Wir hofften auch auf die
physischen und moralischen Kräfte des U-Boo Krieges. Die
U-Boote haben uns nicht im Stich gelassen. Sie haben
mehr verdient, als wir berechnet hatten, und auch wir-
kunglos war der U-Boo Krieg nicht, da nach dreimonatiger
Dauer der amerikanische Admiral Sims zu Jellicoe
sagte, Deutschland werde den Krieg gewinnen. Die eng-
lischen Schiffverluste waren viermal so groß, als die
englische Presse sie meldete. Anschließend bemerkt Admi-
ral Koch, daß seitens des Admiralstabs die militärische Be-
deutung eines Krieges mit Amerika niemals unterschätzt
worden ist.

Dr. Coblenz verweist auf die englischen Angaben, wo

nach die Hüter der transportierten amerikanischen Mann-
schaften 1 800 000 Mann gewesen sei.

Admiral v. Capelle: Von seiten der Seekriegs-
leitung wurde immer die Ansicht vertreten, daß der rick-
sichtlose U-Boo Krieg innerhalb 5 oder 6 Monaten ein
Vendigung des Krieges herbeiführen werde.

Berlin, 7. Nov. Admiral Koch erklärte bei seiner
heute fortgesetzten Vernehmung, daß die deutschen Schlacht-
kreuzer den englischen an Geschwindigkeit wohl unter-
legen, an Kampfkraft ihnen aber zweifellos überlegen
waren. Der erhoffte Erfolg im U-Boo Krieg ist nicht ein-
getreten; aber in rein militärischem Sinne sind die Er-
wartungen übertriften worden. Führung und Opfer-
freudigkeit der Mannschaften waren über jedem Zweifel
erhaben. Die Ursachen für den Zusammenbruch müßten
also auf anderem Gebiete liegen. Wir haben nicht der
Zweck verfolgt, England auszuhungern, sondern woll-
ten es durch Schiffraumverluste zu der Ueberzeugung
bringen, daß die Zeit gegen England arbeite. England
mußte einsehen, daß Deutschland länger durchhalten konnte
und würde. Lloyd George und Ribot waren schon
im Begriff, nach Rom zu reisen, um dort über einen
Versöhnungsfrieden zu beraten, als gerade in
jener Zeit ein düster gefärbter Bericht des
Grafen Czernin den Engländern in die Hände fiel,
großes Aufsehen erregte und den Anschein erweckte, daß
Deutschland vor dem Zusammenbruch stehe. Der Ver-
söhnungsgedanke wurde infolgedessen fallen
gelassen. Der einzige Fehler des U-Boo Krieges war
bei berechtigten Ansichten auf volle Wirkung und Er-
folg, daß er nicht früher eingeleitet hat.

Neues vom Tage.

Ausbau des Verkehrsweises.

Berlin, 7. Nov. Den Eisenbahndirektionen wird
künftig ständig ein Vertreter der Schiffahrtsabteilung bei-
gegeben, um die enge Verbindung zwischen Eisenbahn-
und Schiffahrtsverkehr zu sichern.

Der Streit.

Berlin, 7. Nov. Reichsarbeitsminister Schlichte
hat die Arbeitgeber und die Metallarbeiter zu einer
neuen Beiprechung eingeladen. Die Arbeiter der Gro-
ßen Straßenbahn werden die Arbeit heute wieder
aufnehmen. — In einem Kassehaus wurden 20 Spar-
kastisten verhaftet, die Flugblätter und Waffen zur Ver-
teilung in Empfang nehmen sollten. Die Flugblätter
wurden beschlagnahmt.

Berlin, 7. Nov. Der Oberkommandant in den
Marken, Koste, hat den Volksguard der Arbeiterrote
Prof-Berlins aufgelöst. Die Einwohnerwehr hat sich
bereit zu halten, da die Kommunisten ihre Waffenlager
ändern wollen.

Der Versuch der Radikalen, den Metallarbeiterstreik
zu einer politischen Aktion zu machen, kann als voll-
kommen gescheitert gelten. Das entschiedene Vorgehen
Koste's hat einen großen Eindruck gemacht und die Ra-
dikalen sind selbst uneinig geworden. In einigen Bezirken
wurden geheime Waffenlager der Kommunisten beschlagnahmt,
Gemeindefestungen der Spartakisten wurden
aufgelöst. Die Pläne der Radikalen für den 7. und 9.
November sind der Regierung in die Hände gefallen.
Heute und morgen sollten 40 Versammlungen für die Ab-
wehre des Proletariats abgehalten werden.

In und um Berlin stehen 35 000 Mann der Reichs-
und Sicherheitswehr bereit.

München, 7. Nov. Der Münchner Arbeitgeberver-
band erklärt, daß diejenigen Arbeiter, die wegen des
Revolutionsfeiertags nicht zur Arbeit erschienen, keinen
Lohn für den Tag erhalten, außerdem werde in dem
Zerbleiben ein Abbrechen des Arbeitsverhältnisses er-
klärt, wodurch die Arbeiter der Vorzugsrechte bezüglich
der Urlaubsbestimmungen u. v. vorläufig gehen würden.
In besonders schweren Fällen behalten sich die Arbeit-
geber das aus der Arbeitsverweigerung hervorgehende
Recht der Entlassung vor.

Die Akkordarbeit.

Kiel, 9. Nov. Von den Arbeitern der Kieler Werf-
ten stimmten 6823 für, 745 gegen die Wiedereinführung
der Akkordarbeit.

Die Arbeitskonferenz in Washington.

London, 7. Nov. Die britische Regierung wird den
deutschen Teilnehmern an der Arbeitskonferenz die Pässe
nur unter der Bedingung ausstellen, daß sie sich ver-
pflichten, keine Ausfragung durch Vertreter der Presse
anzunehmen und an keiner Versammlung sich zu be-
teiligen, die nicht privater Art ist.

Die Ortsnamen in Südtirol.

Innsbruck, 7. Nov. Generalkommissar Credato
hat entschieden, daß im Trentino nur italienische Orts-
namen verwendet werden dürfen. Im Gebiet von Sa-
lurn bis Meran sollen die deutschen und italienischen Na-
men als gleichgestellt gebraucht werden. Von Bozen bis
zum Brenner und Innichen, sowie von Meran bis Reschen-
scheidegg und Stillsen Joch bleiben die Namen deutsch.
In denjenigen Orten, wo früher der italienische Name
im Gebrauch stand, wird diesem der deutsche beigegeben.

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 7. Nov. Tardieu ist zum Minister für
den Wiederaufbau in den Kriegsgeländen ernannt worden.

Paris, 7. Nov. Serbien will die Auslieferung von
einigen Deutschen, darunter Madenjen, 25 Bulgaren und
600 Oesterreichern wegen Uebertretung der Kriegsgefehr
verlangen.

Bedrohliche Lage in Ägypten.

London, 7. Nov. Der „Morningpost“ wird gemel-
det, die Lage in Ägypten sei bedrohlich. Zusammen-
stöße der streikenden Hollarbeiter und sonstiger Elemente
mit dem Militär seien gewöhnlich.

Die Genfer „Information“ meldet, nach einem Be-
richt des ägyptischen Nationalausschusses sei Ägypten
in voller Empörung. Alle Teile der Be-
völkerung seien im Kampf gegen die Engländer. Es sei
eine vorläufige nationale Regierung eingesetzt worden.

Vermischtes.

Haase †. Der Abgeordnete Haase von der Unab-
hängigen Sozialdemokratischen Partei ist am Freitag früh
gestorben.

Der Mörder Haases, der Lederarbeiter Johann Wolf
aus Wien, soll als gemeingefährlicher Geisteskranker dan-
ern in einer geschlossenen Anstalt untergebracht werden.

Raubmörder verhaftet. In Heidelberg wurde
ein Kaufmann aus Stuttgart wegen Raubmords ver-
haftet.

Die westliche Kultur. Nach dem „Berl. Lokal-
anzeiger“ hat eine französische Gesellschaft das Anwesen
des Männergefängnisses Straßburg angekauft, um
dort ein Operntheater nach Pariser Art einzurichten.
Die Stadtverwaltung Wiesbaden hat das Angebot
einer französischen Finanzgruppe, den ganzen Kurbetrieb
Wiesbadens um 2 Millionen Mark jährlich zu pachten,
abgelehnt.

Kunstdiebstahl. In der Gemäldesammlung des
Schlosses Sanssouci bei Potsdam wurden 6 Bilder im
Wert von 100 000 Mark gestohlen. Auch in der Berliner
Nationalgalerie waren unlängst viele wertvolle Bilder
und andere Kunstgegenstände gestohlen worden. In Sa-
born (Rheinpr.) wurden nun drei Schleihändler ver-
haftet. Die Gemälde für 400 000 Mark und Meißner
Porzellan für 800 000 Mark verkaufen wollten. Ber-
liner Kriminalbeamte stellten fest, daß die Gegenstände
von dem Diebstahl in der Nationalgalerie herrühren.

Gegen den Schleihandel. Die rheinische Han-
delskammer hat alle Firmen ihres Bezirks aufgefordert,
alle Angestellten und Arbeiter, die des Schleihandels,
des Schieberlums und der Beschlichtheit überführt sind,
süchtilos zu entlassen.

Vorzugszahlung in Bayern. Das Ergebnis der
Vollzählung ist für Bayern 7 047 378 Einwohner, dar-
unter 3 690 558 weibliche. Der Zuwachs beträgt von
1910 bis jetzt 2,3 Prozent, während der Zuwachs im
Jahrzehnt 1900 bis 1910 11,5 Prozent betragen hat.

Statt Schokolade — Mist. Mehrere Geschäfts-
leute in Stuttgart wollten auf dem nicht mehr un-
gewöhnlichen Wege Schokolade und Stearinkerzen kaufen.
Nach Vorauszahlung trafen auch die Kisten prompt
ein, aber sie enthielten statt Schokolade Erde und Mist.
Die Geschäftsleute sind um einige tausend Mark ge-
schädigt. Die Schwindler sind übrigens bereits verhaf-
tet und zwar der Gipser Paul Herz von Leipzig, der
Hilfsarbeiter Hugo Seuffer und die Kellner Emil und
Wilhelm Hebele von Stuttgart. Die Ganuner hatten schon
wieder neue Betrügereien im Vorberitng.

Goldschmuggel. Bei einem in Heidelberg ein-
laufenden Güterzug mußte ein Wagen abgehängt werden,
weil die Lader sich heftig gelaufen hatten. Als der Wa-
gen entladen wurde, fiel eine Kiste durch ihre Schwere
auf. Sie wurde geöffnet und da entdeckte man, daß sie
mit gemünztem Gold im Wert von einer Million Mark
gefüllt war. Das Gold sollte in das besetzte Gebiet ge-
schmuggelt werden. — Eine Million Mark in Gold wiegt
rund 398 Kilo.

Mißglückte Millionenschiebung. Die preußische
Landespolizei verhaftete in Berlin einen Menschen,
der sich Freiherr von und zu Egloffstein nannte und
sich für einen Bevollmächtigten des rumänischen roten
Kreuzes ausgab. Er verlangte die Einfuhrbewilligung
für Waren im Wert von 20 Millionen Mark. Die
Untersuchung ergab, daß der Schieber ein mehrfach vor-
bestrafter Reinfreud aus Dresden namens Derfel war.
Mit der Schiebung war es nun nichts mehr.

Großer Ausverkauf. Die „Börs. Ztg.“ erzählt,
eine Dame habe in Berlin in einem großen Geschäft mit
Wäsche eine Bluse erstehen können. Der Verkäufer habe
erklärt, die ganzen Bestände seien von einem ausländi-
schen Kaufmann erworben worden. Als in einer Pro-
theke ein Koffer sich über die hohen Arzneipreise be-
schwerte, erwiderte der Apotheker, das werde noch ganz
anders kommen. Zahlreiche Schieber kaufen allerorten
in Deutschland zu hohen Preisen an Chemikalien und
Drogen auf, was sie erreichen können. Alles wandert
ins Ausland, das wegen der schlechten Valuta immer noch
sehr billig einläuft, auch wenn es hohe Preise anlegt.
Diese verschleppten Waren kommen dann später wieder
zu Wucherpreisen nach Deutschland herein. — Ein In-
dustrieller aus dem besetzten Gebiet erzählte, er habe kürz-
lich über den Rhein 6 Eisenbahnwagen mit Wolle, Stie-
feln und Herrenkleiderstoffen gehen sehen. Er habe die
deutsche Ueberwachungsstelle darauf aufmerksam gemacht;
der Beamte habe gesagt, die Waren gehen nach Holland,
um unhere Valuta zu heben.

Argentinisches Vieh. Der Abgeordnete Hofmann
teufte neulich in einer Landwirtschafterversammlung in Groß-
Salze mit, dem Kreis Kalbe (Prov. Sachsen) sei es
gelungen, in Argentinien 500 Ochsen zum Preis von
2 1/2 Millionen Mark anzukaufen. Man hoffe, daß die
Einfuhr keine erhebliche Verzögerung erfahre.

Entsprungener Mörder. Der wegen sechsfachen
Mords sechsmal zum Tode verurteilte 19-jährige Raub-
mörder Jeforski ist aus dem Gerichtsgefängnis in
Neu-Ruppin (Brandenburg) entsprungen.

Aus der Geschichte der Wage. Schon die ältesten
schriftlichen Urkunden erwähnen die Wage als ein all-
tägliches Gerät. Im Alten Testament wird befohlen:
„Richtige Wagen, richtige Gewichtsteine sollt ihr führen“,
denn „falsche Wagen sind Jahwe ein Greuel, aber ein
volles Gewicht ist sein Wohlgefallen“. Die Ostrische
der Ägypter weist der Wage bereits einige Jahrtausende
vor Christus eine wichtige Rolle an, indem sie den Toten-
richter sein Urteil über den Lebenswert des Verstorbenen
durch genaue Abwägung der Seele fällen läßt. So zeigen
uns altägyptische Grabgemälde die Ausföhrung des Mei-
ners, urteilt durch die Wage, die zum Teil noch keine Junge
besitzt, während bei anderen Darstellungen unter der Mitte
des gleicharmigen Hebels ein hakenförmiges Gewicht
als ein drei Schenkeln oder Tröhen hängt. Von die-
sen Schenkeln ist die mittlere unter dem Schwerpunkt des
Wagebalkens befestigt, die beiden anderen links und rechts
davon. Den in eine feine Spine endiaenden Metall-

reisen, die Zunge unserer Wagen, vertrat also das hangende Vor. Bei den Ausgrabungen Pompejis und Herkulanums hat man mannigfache Kunde über die Wagen der römischen Kaiserzeit erhalten. Man sieht auf den Darstellungen Amoretten, die am Feuerofen und Amoretten die Herstellung von Wagen betreiben. Diese Arbeit gehörte also zu den gewöhnlichen Handwerken der antiken Welt. Auch hier ist an dem gleicharmigen Wagenkasten keine Zunge sichtbar. Man hatte aber schon damals erkannt, daß bei einer sicheren Wage die beiden Arme ihres Balkens gleich lang sein und die drei Aufhängemomente daran in einer geraden Linie liegen müssen. Die erhaltenen Wagen, die bei den Ausgrabungen gefunden wurden, unterscheiden sich von unseren Instrumenten dadurch, daß sich an der Drehungsachse des Wagenkastens noch keine eigentliche Schneide befindet, auf der die in der Pfanne des Trägers hängen und ruhen. An ihrer Stelle befindet sich ein gleichzeitig zum Aufhängen oder Festhalten dienender Metallring, der durch ein in der Mitte des gleicharmigen Hebelarms befindliches Loch hindurchgeht. Die Genauigkeit der Waagen war bei solchen Instrumenten nicht allzu groß, genügte aber für den Handel und Wandel. Erst als man mit wissenschaftlichen Ansprüchen an die Genauigkeit der Waagen herantrat, wurden Verbesserungen vorgenommen, die in den feinsten Vorrichtungen unserer Chemiker- und Mikrowagen gipfeln.



Die Abmachung über die Räumung Westpreußens

Die Termine für die Uebergabe Westpreußens und des Restes von Posen an die Polen sind nunmehr festgelegt worden. Der polnische Vormarsch beginnt erst am 7. Tage nach Niederlegung des Ratifikationsprotokolls durch die Hauptmächte in Paris. Dieser Tag gilt als erster Tag der Räumung. Vom 1. bis zum 5. Räumungstag wird Zone I, der Streifen südlich von Linie Schöneberg, Kulmsee, Bromberg, Nakel, Utsch mit der Stadt Thorn, von uns geräumt. Vom 4. bis zum 7. Tage wird das Gebiet östlich der Weichsel ganz und westlich der Weichsel bis zur Linie nördlich Kulm und Zemburg (Zone II) geräumt. Der 8. Tag ist Ruhetag. Vom 9. bis 12. Tag räumen wir Zone III, das ist das Gebiet südlich Tirschan, Pr. Stargard, Tuchen und Konig. Vom 13. bis 16. Tage wird Zone IV bis Berent einschließlich den Polen übergeben und vom 16. bis 19. Tage Zone V bis zum Meer.

Württemberg.

(-) **Stuttgart, 7. Nov.** (Berufung.) Regierungsrat Dr. Brändle, der Vorstand des württ. Landeslokalamts, ist vom Reichsrat zum außerordentlichen Mitglied des Reichsrats ernannt worden.

(-) **Stuttgart, 7. Nov.** (Durcharbeit.) In einer Besprechung, der Vertreter der staatlichen Behörden, der Schulen und der Privatbetriebe amwohnten, wurde beschloffen, für Stuttgart und die weitere Umgebung bis Plochingen und Dietigheim womöglich vom 1. Dezember an die durchgehende Arbeitszeit einzuführen. Die Betriebe sollen die Arbeit morgens 7.45 Uhr beginnen, die Schulen 8.30, die Kanzleien und kaufmännischen Geschäfte 8.45. Der Geschäftsschluß ist für die Betriebe auf 4 Uhr, für kaufmännische Geschäfte auf 5 Uhr festgesetzt. Der Schulunterricht schließt spätestens 4.30 Uhr.

(-) **Stuttgart, 7. Nov.** (Gegen den Streik.) In einer Versammlung der Unabhängigen wurde der Anhängern die Beteiligung am Streik und an Kundgebungen freigestellt. Die Kommunisten forderten zu Kundgebungen auf. Eine Abstimmung in den Daimlerwerken ergab 1000 Stimmen für und 4000 gegen den Streik.

(-) **Vietigheim, 7. Nov.** (Brand.) In der Scheuer des Wäldermeisters Reichert in der Farbstraße brach ein Brand aus, der die Scheuer ganz und das Wohnhaus zum Teil zerstörte.

(-) **Heilbronn, 7. Nov.** (Freispruch.) Die Strafkammer hat alle 22 Angeklagten in Sachen der Erstürmung des Oberamts Badnang freigesprochen. Die bedeutenden Kosten des Verfahrens werden auf die Staatskasse übernommen.

(-) **Heilbronn, 7. Nov.** (Der Bod als Gärtner.) In der Verhaftung des Geschäftsführers der Landesgetreidebestelle Hellmann teilt das „Redaktions“ mit, daß Hellmann nicht nur mit Getreide und Mehl, sondern auch mit Fett und vielen anderen Waren große Schiebung gemacht habe. Hellmann sei früher bei C. H. Knorr in Heilbronn in führender Stellung gewesen, aber wegen unsauberer Handlungen (Schiebereien) entlassen worden. Der Landesgetreidebestelle müsse die Frage vorgelegt werden, wie sie einen Menschen mit solcher Vergangenheit als Geschäftsführer einstellen können. In die Schieber- und Befreiungsgeschichte sollen außer Prof. Herz noch weitere Personen verwickelt sein.

(-) **Waldorf, 7. Nov.** (Ein guter Fang.) Auf dem Weg nach Fellbach wurde durch die Beamten des hiesigen Landjägerstationkommandos ein Auto abgefaßt, das 71 Jtr. Bratbirnen, 5,5 Jtr. Ochsenfleisch, 88 Pfd. Kalbfleisch, 26 Pfd. geräucherter Schweinefleisch, 13 Pfd. geräucherter Rindfleisch, 52 Pfd. Schweinefleisch, 66 Pfd. Schwarzenbrot, 16 Pfd. Leberwurst, 5 Jtr. Weizen, 85 Pfd. Mehl enthielt. Das Auto gehört nach Hopfisch, die Lebensmittel wurden in und in der Gegend von Wolpertshausen aufgehäuft. Die beiden Schleihändler aus Fellbach wurden dem Amtsgericht zugeführt.

(-) **Horb, 7. Nov.** (Menschenfreundliche Gemeinderäte.) In der gestrigen Sitzung des Gemeinderats lag ein Antrag vor, eine Menge von 70—80 Liter Magermilch, die gegenwärtig nach Stuttgart geliefert werden, für die Stadt Horb zu sichern. Der Gemeinderat nahm einstimmig davon Abstand, da die Milch in Stuttgart größer sei als in Horb, wo wenigstens Kinder und Kranke ihre Milch täglich bekommen.

(-) **Leonberg, 6. Nov.** Der gestrige Schweinemarkt war gut besetzt. Die reichliche Zufuhr fand schnellen Absatz. Bezahlt wurde für Milchschweine pro Stück 65 bis 140 Mark. Die Preise haben wieder angezogen.

(-) **Heilbronn, 6. Nov.** (Die Erstürmung des Badnanger Rathauses.) Vor der Strafkammer begann heute die Verhandlung gegen 22 Angeklagte wegen Landesfriedensbruchs und anderer Vergehen. Der Bauarbeiter Robert Krug von Ditzheim (Stuttgart) war nach Badnang gekommen, um im Namen des Arbeiter- und Soldatenrats Stuttgart „Erkundigungen“ über den Badnanger Oberamtmann, Regierungsrat Sufset, einzuziehen. Er veranstaltete am 2. Januar 1919 im Verein mit dem Schultheißen Glöck von Oberbrüden eine Versammlung in Badnang, in der gegen den Oberamtmann Stellung genommen wurde. Dann zog die Versammlung, meist Schumacher und Bekkern aus Oberbrüden, Unterweissach, Kellmersbach und Häntensbach, darunter viele Franzosen, vor das Oberamt. Krug drang mit der Menge ein und erklärte dem Oberamtmann, daß er im Namen des Arbeiter- und Soldatenrats abgesetzt sei. Regierungsrat Sufset wurde durch Drohungen gezwungen, seinen „freiwilligen Verzicht“ zu unterschreiben. Der Rechtsanwalt Dr. Fraisch, der dem Oberamtmann beistand, wurde schwer mißhandelt und die Treppe hinuntergeworfen und fernerhin von Franzosen bedroht. — Für die Verhandlung sind zwei Tage in Aussicht genommen.

(-) **Aus dem Zabergäu, 6. Nov.** (Weinsteuereinzug.) Das Kameralamt Güglingen wird in jedem größeren Weinort des Bezirks sogenannte Einzugstage zur Bezahlung der Weinsteuer abhalten.

(-) **Badnang, 6. Nov.** (Der neue Seminarrektor.) Zum Rektor und ersten wissenschaftlichen Hauptlehrer des Lehrerseminars wurde Prof. Budek am Seminar ernannt.

(-) **Ulm, 6. Nov.** (Schieberstation.) In dem einsam stehenden Haus eines Tagelöhners zwischen Wiblingen und Göggingen wurden 8 1/2 Zentner Mehl gefunden. Das Mehl soll von einer Mühle in Sch. dort eingelagert sein, um partiellweise an Ulmer Väder im Schleihhandel abgesetzt zu werden. Der Handel wurde wahrscheinlich schon längere Zeit betrieben.

(-) **Schramberg, 6. Nov.** (Räuberbande.) Ein Bauernhof bei Schiltach wurde von 6 Einbrechern überfallen, die die Bewohner mit Revolvern in einem Zimmer zusammendrängten und dann das Haus nach Lebensmitteln und Geld durchsuchten. Die Räuber taten sich an Brot und Speck gütlich und nahmen Lebensmittel mit. Zum Glück war kein größerer Geldebetrag im Hause.

(-) **Wehingen, 6. Nov.** (Diebstahl.) Nachts wurden dem Schneidermeister Weich aus seinen Ladenräumen Kleider und Tuchballen im Wert von 6—7000 Mk. gestohlen.

Die Luxussteuer.

Zahllos sind die Gegenstände, die künftig von der Luxussteuer mit 10 Prozent des Verkaufspreises erfaßt werden. Man kann sagen, daß alles, was nicht zum dringendsten Lebensbedarf gehört, der Luxussteuer schlichtweg, oder wenigstens von einer gewissen Höhe des Verkaufspreises an unterworfen wird. Die Raben, Stubenvögel usw. haben wir schon erwähnt. Als Luxus werden aber auch die Blumen, Blumenzweige, Topfpflanzen, die Feinstoffwaren (Delikatessen), das Tafelobst, Schokolade und Zuckerkuchen, Gebäcke wie Kekse, Lebkuchen u. a. betrachtet. Werden diese Waren gleich beim Einkauf, also in Konditoreien, Kaffeehäusern usw. verzehrt, so trifft sie allein die allgemeine Umsatzsteuer im Kleinverkauf. Wie tief die Umsatzsteuer im Kleinverkauf und die Luxussteuer, die eine Unterabteilung der Umsatzsteuer ist, in den täglichen Verbrauch eingreifen, geht aus der Höhe des Ertrags hervor, den die Regierung von den beiden Steuern erwartet; sie sollen nämlich die Summe von 4 Millionen erbringen, wovon auf die Luxussteuer etwa 730 Millionen kommen.

Baden.

(-) **Karlsruhe, 7. Nov.** Im Juni ds. Jrs. erschien ein Unbekannter bei Familien in Karlsruhe und in Sulzfeld, deren Angehörige von den Gerichten in Karlsruhe und Eppingen verurteilt worden waren, und verlangte als Vertreter der Staatsanwaltschaft die Bezahlung der ausgesprochenen Geldstrafen und der Kosten. In verschiedenen Fällen erhielt er das verlangte Geld. Bald merkte man aber, daß es sich um einen Schwindler handelte, und man konnte den Mann festnehmen. Es handelte sich um den 23jährigen Techniker Heinrich Braun aus Frankfurt a. M. Die Strafkammer verurteilte den Burschen zu 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust.

Auf unangenehme Weise geriet in einem Hause der Steinstraße das Bett einer Witwe in Brand. Die Frau fand dabei den Tod.

(-) **Karlsruhe, 7. Nov.** Beim Versuch, gestohlene Schmuckstücke hier zu verkaufen, wurde ein Schieber ver-

haftet. Darauf wurden auch einer der Einbrecher, der längst gesuchte Wiegel von Müppurr, und zwei Helfer festgenommen. Die Gegenstände waren in einem Goldwarengeschäft in Durlach gestohlen worden. Ein Teil des Raubs im Wert von 15000 Mark ist beigebracht.

(-) **Bfrozheim, 7. Nov.** Die Arbeiter der Schmuckwarenindustrie haben neue Lohnforderungen erhoben. Sie wollen eine Erhöhung des Stundenlohns um 60 Pfg für Arbeiter, 40 Pfg für Arbeiterinnen und Erhöhung des Alltagslohns um 25 Prozent.

Die bisher 17 Tage dauernde Stilllegung der Straßenbahn hat der Stadt einen Einnahmeausfall von nahezu 70000 Mk. gebracht.

(-) **Mannheim, 7. Nov.** Ein Fuhrmann und ein Tagelöhner von Brühl wurden verhaftet, die aus einem Eisenbahnwagen bei Rheinau 80 Zentner Rastlohn gestohlen hatten.

(-) **Heidelberg, 7. Nov.** Die jenseitigen Behörden ist vor der Beschlagnahme einer Kiste Gold nichts bekannt.

(-) **Medesheim, 7. Nov.** Dem Landwirt Otte Wagner, der 2 Stück Großvieh und ein Schaf von Waldstadt holen wollte, wurden von einem Gendarmen diese Tiere beschlagnahmt.

(-) **Waldkirch, 7. Nov.** Infolge Benzinerplosion ist der Hof der Witwe Anton Baier bei Rehnau nahezu vollständig niedergebrannt.

(-) **Allensbach bei Konstanz, 7. Nov.** Drei Burschen aus Konstanz drangen in ein Bauernhaus ein und raubten 2000 Mk. in Wertpapieren und verschiedenen Schmuckstücken. Die Burschen wurden in Konstanz verhaftet.

(-) **Karlsruhe, 6. Nov.** Die der „Bad. Beob.“ mitgeteilt, wird die deutsche Kapuzinermission in der Sabsler wahrscheinlich aufgehoben. Die meisten der Missionare sind Badener.

(-) **Baden-Baden, 6. Nov.** Der vollständig verwelkete Marcel Herwegh, der Sohn des revolutionären Dichters Georg Herwegh, hat in einem während des Kriegs erschienenen Buch behauptet, der Dichter Herwegh sei keines natürlichen Todes gestorben, sondern vergiftet worden. Marcel Herwegh hatte geschrieben: Deutschland verfolgte Georg Herwegh bis zum letzten Tage seines Lebens, wo es ihm gelang, sich seiner Mordlinge in Baden-Baden im Jahr 1875 zu entledigen, unter verbretterischer Beihilfe eines preussischen Arztes mit französischem Namen, den ich hier zum ersten Male bekanntgebe: Dr. Verton hat ihn, anstatt zu behandeln, vergiftet. In der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ weist Dr. Schliep nach, daß die Darstellung falsch ist, daß Medizinalrat Dr. Verton kein Preuße mit französischem Namen war, sondern einer im Jahr 1885 aus Frankreich nach Baden ausgewanderten Familie entstammt. Der ärztliche Verein der Stadt Baden hat einstimmig die ungeheuerlichen Beschuldigungen Marcel Herweghs zurückgewiesen, von dessen fanatischem Deutschsein man jede Lüge und Gemeinheit erwarten konnte.

(-) **Mannheim, 6. Nov.** Der Zustand in der Mannheimer Metallindustrie erscheint unvermeidlich. Der Schiedspruch des Schlichtungsausschusses hatte die von den Angestellten geforderte Beschäftigungsbeihilfe abgelehnt, dagegen einige tarifliche Zugeständnisse gemacht, worauf die Vereinigung der Mannheimer Angestelltenausschüsse beschloß, den Angestellten den Streik zu empfehlen. Die Arbeiter, die neuerdings ebenfalls eine Beschäftigungsbeihilfe von 600 Mk. verlangten, dürften sich mit den Angestellten solidarisch erklären.

(-) **Mannheim, 6. Nov.** Diejenigen in Haft befindlichen Personen, welche wegen Beteiligung an den Unruhen im Februar und Juni verurteilt wurden oder sich noch in Untersuchungshaft befinden, sind aus Mannheim entfernt worden.

(-) **Heidelberg, 6. Nov.** Dem Glasermeister Rausch wurde am hellen Tage ein Betrag von 4000 Mk. aus der Wohnung gestohlen.

(-) **Heidelberg, 6. Nov.** Der Parteitag der Deutschen Volkspartei wird im nächsten Jahr voraussichtlich zu Pfingsten in Heidelberg stattfinden.

(-) **Mehl, 6. Nov.** In 12 Marken im besetzten Bräckenopfergebiet von Mehl ist es zwischen mehreren Bewohnern und französischen Soldaten zu einer Schlägerei gekommen, in deren Verlauf ein französischer Soldat einen Messerstich erhielt. Der Kommandant hat über Marlen den Kriegszustand verhängt. Eine Anzahl an der Schlägerei beteiligter Personen ist von den Franzosen verhaftet worden.

(-) **Freiburg, 6. Nov.** Die Angestellten der A. G. S. der Siemens-Schubert-Werke und der hiesigen Filiale von Brown Boveri u. Co. sind in den Ausstand getreten, nachdem die seit Monaten dauernden Verhandlungen zwischen den Angestellten und den Geschäftsleitungen wegen Abschluß eines Tarifvertrags nicht zu einem Ergebnis geführt hatten.

(-) **Freiburg, 6. Nov.** Zur Beschaffung von Auslandslebensmitteln hat der Bürgerausschuß beschloffen, Bürgschaften in Höhe von 6478000 Mark zu übernehmen.

(-) **Freiburg, 6. Nov.** Der 18jährige Kaufmann Ernst Kirchgraber aus Weblingen verhaftete sich hier bei einer Kontoristin, als Kriminalschuppmann verkleidet, Eingang, nahm eine „Hausdurchsuchung“ vor und eignete sich dabei 20000 Mk. und eine goldene Uhr im Wert von 3000 Mk. an. Während der Tat fanden der 22jährige Monteur Otto Haas von Schöpsheim und der 21jährige Maschinenseher Karl Bernhard Mast aus Freiburg Schmiere. Mit diesen Gefellen brachte Kirchgraber dann von dem Gelde 7000 Mk. durch, die Uhr warf Mast in einen Bath, wo man sie wieder fand. Die Strafkammer verurteilte die Burschen zu je 2 Jahren Gefängnis.

Lofaies.

— **Heimkehr der Kriegsgefangenen.** Mit drei Dampfern werden am 10., 13. und 15. November in Brunsbüttel an der Elbe aus ägyptischen Gefangenenlagern erwartet: 2331 Offiziere, 2431 Mann von der Palästinafront, 2937 Ostafrikakämpfer und andere Trup-

pen, 105 Mann der Besatzung des Kreuzers „Breslau“ und 429 Zivilisten.

— **Lufthof.** Das Luftschiff „Bodensee“ hat am Donnerstagabend in Berlin große Postsendungen für Süddeutschland aufgenommen.

— **Das Ausdrucksverbot für Hafer** ist aufgehoben worden, dagegen bestehen die Lieferungsverträge der Landwirte mit der Reichsgetreidestelle, sowie die kommunalen Ausfuhr- und Beförderungsbeschränkungen bis auf weiteres fort.

— **Kartoffelhöchstpreise.** Die Festsetzung der Höchstpreise für Kartoffeln, die von den Kommunalverbänden an die Verbraucher abgegeben werden, ist vom Ministerium des Innern den Kommunalverbänden selbst überlassen worden.

— **Schleichhandel.** Durch die Kontrollbeamten des Landespreissamts Karlsruhe wurden in der Zeit vom 10.—24. Oktober auf der Eisenbahn beschlagnahmt: 9 Wagen Wein, 3 Wagen Hafer, 4 Wagen Haferprodukte, 4 Wagen Gerste, 3 Wagen Tabak, 2 Wagen Obst, Weizen, Gerste, 2 Wagen Kolonialwaren, 2 Wagen Kartoffeln, darunter verpackt 18 Zentner Weizen und Mehl, 1 Wagen Jücker, 1 Wagen Del, 1 Wagen Kaffee, 1 Wagen Kohlen, 1 Wagen Textilwaren, 1 Wagen Weizen, 1 Wagen Reis, 1 Wagen Brautwein und 6 Wagen Brenn- und Kuchholz, ferner verschiedene Stückgutsendungen, Kirchwasser, Seife, Mehl und Brotgetreide. Ein großer Teil der Sendungen sollte in das besetzte Gebiet ausgeführt werden.

— **Einheitliche Maßregeln.** Das württ. Staatsministerium hat die Reichsregierung dringend eruchtet, für eine gleichmäßige Durchführung der Einschränkungen im Verkehr jeder Art und im Verbrauch von Gas, elektrischem Strom usw. in allen Teilen des Reichs Sorge zu tragen. Die Bevölkerung Süddeutschlands vermöge die überaus harten Einschränkungen nur zu ertragen, wenn sie die Gewissheit habe, daß auch die für den Kohlenbezug günstiger liegenden Gebiete denselben Maßregeln unterworfen sind.

In Berlin ist der Kraftdroschenverkehr von 12 Uhr nachts bis 6 Uhr morgens verboten worden.

— **Geleitete der Kriegsgefangenen.** Mit den Dampfzügen werden am 10., 13. und 15. November in Brunsbüttel an der Elbe aus ägyptischen Gefangenenlagern erwartet: 2331 Offiziere, 2431 Mann von der Palästinafront, 2937 Ostafrikalämpfer und andere Truppen, 105 Mann der Besatzung des Kreuzers „Breslau“ und 429 Zivilisten.

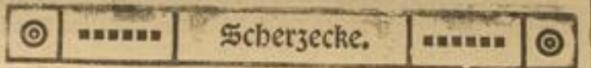
— **Beschlagnahmter Wein.** Das Kriegswirtschaftsamt hat in den letzten Tagen bei Käufern über 200 Hektoliter Wein wegen Ueberschreitung des Höchstpreises beschlagnahmt. Käufer und Verkäufer wurden der Staatsanwaltschaft gemeldet. Der Wein wurde der Landesversorgungsstelle überwiesen.

— **Fremde Kohlen.** In den letzten Tagen sind einige Ladungen böhmischer und schlesischer Kohlen in Württemberg eingetroffen.

— **Lufthof.** Das Luftschiff „Bodensee“ hat am Donnerstagabend in Berlin große Postsendungen für Süddeutschland aufgenommen.

— **Das Ausdrucksverbot für Hafer** ist aufgehoben worden, dagegen bestehen die Lieferungsverträge der Landwirte mit der Reichsgetreidestelle, sowie die kommunalen Ausfuhr- und Beförderungsbeschränkungen bis auf weiteres fort.

— **Wildgänte.** Die Württ. Fleischversorgungsstelle gibt bekannt, daß wegen der hohen Häutepreise auf die Jagdpreise für Wild Zuschläge an den Jäger bezahlt werden dürfen bei Rehen bis zu 20 Mk., bei Rot- und Damwild bis zu 50 Mk., bei Hasen (im November) bis zu 2.50 Mark.



Scherzecke.

Wahrheiten.
 „Im Bild der Dichtung soll das arme Herz sich besser freuen, was ihm das Leben nimmer bieten kann.“
 Schefel im „Eckhard“.
 „Ich neige zu der Ansicht, daß man am meisten lernt, wenn man sich mit Menschen unterhält, die anderer Ansicht sind und ihre Ansicht zu vertreten wissen.“

Wären wir wie der Himmel, wir könnten lachen und weinen in eins. So aber gehören wir der Erde an und können es nur getrennt tun: sollen aber auf kein verzichten.
 Heinrich Schaff.

Billiges Vergnügen.
 „Ach Mutter, gib mir fünfzig Markpen, ich möchte gerne im Vanoptikum den „Kriegszug der Wilden“ ansehen.“ — „Bleib nur da, mein liebes Kind, es muß alle Augenblicke meine Modistin kommen mit der Rechnung, dann brauchst du dir bloß deinen Papa anzusehen!“

Aus dem Bezirk.

Wildbad, 10. Nov. Gestern früh ereignete sich hier ein bedauerlicher Unglücksfall. Infolge hochgradiger Nervenüberreizung stürzte sich die Ehefrau Marie Schmid aus dem Dachstuhl ihres Wohnhauses auf die Straße und war nach kurzer Zeit tot. Den Angehörigen wendet sich allgemeine Teilnahme zu.

Wildbad, 10. Nov. Heute Nacht wurde die Eingangstafel am Internat der Höheren Reform-Lehranstalt mit roher Gewalt aus dem Boden gerissen und in die Eng geworfen, deren Stübel sie mitnahm. Es ist übrigens nicht das erste Mal, daß lichtscheue Gesellen ihr Mädchen an der Reformschule kahlten! Vielleicht finden die Polizeiorgane Zeit, die Täter zu suchen, damit sie zur Rechenschaft gezogen werden können.
 G.

Eingefandt.

Wildbad. Anfrage! Einem hiesigen Kohlenhändler wurden von einer Kohlenhandlung mehrere Waggons Braunkohlenbriketts angetragen, die er gegen Bezugsschein beziehen könnte. Wohl wurde demselben vom Stadtschultheißenamt ein Bezugsschein ausgefertigt, der aber nicht ausreicht ist. Das Oberamt verweigerte die weitere Ausgabe von Bezugsscheinen. Was gedenkt nun die Stadtgemeinde in dieser Sache zu tun? — Aus welchem Grund ist übrigens der Personen- und Stückgutverkehr auf den Eisenbahnen eingestellt, wenn doch keine Kohlen befördert werden sollen?
 H. F.

Wildbad.
Sitzung des Gemeinderats
 am Dienstag, den 11. November nachm. 5 Uhr.
 Tagesordnung:
 1. Armensachen.
 2. Vergebung der Bergbahnwirtschaft.
 3. Wahl eines Hilfsforstwarts.
 4. Gesuch des Kirchengemeinderats um einen Beitrag für Anschaffung eines Harmoniums in Sprollenhäus.
 5. Einführung von Sitzungsgeldern für den Gemeinderat.
 6. Verschiedenes.

Suppeneinlagen.
 Auf Lebensmittelmarke 10 werden Haferstuden und Suppenmischungen abgegeben.
 Listenschluß: Dienstag Abend 6 Uhr.
 Städt. Lebensmittelamt.

Wildbad, den 9. Nov. 1919.
Todes-Anzeige.
 Heute früh starb infolge Unglücksfall unsere liebe Gattin, Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante
Frau Marie Schmid,
 geb. Wendel,
 im Alter von 48 Jahren.
 Um stille Teilnahme bitten:
 Der trauernde Gatte:
Wilhelm Schmid
 Schneidermeister
 der Sohn:
Hermann.
 Beerdigung: Dienstag nachmittag 2 Uhr.

Habe auf Lager:
fertige Garnituren
 in den neuesten Modellen wie:
 Edelwarder, Steinwarder, Stunkie, natur und gefärbt, Nerzmurmel, Ittise, Feh. :: Electric-Kanin, patagonische Kanin, Siberkanin :: Herrenschaltragen von echten Sealotin, Sealbifam und Sealkanin. :: Reiche Auswahl in Bett-Vorlagen.
 Neuauferfertigungen und Umarbeitungen werden prompt ausgeführt, auch bei Zugabe des Materials, sowie Pelzmäntel und Damenpelzjackets. 86
 :: Kaufe jede Art Felle auf. ::
Paul Toussaint,
 Pelzwaren-Geschäft
 Wildbad, Kochstr. 193a.

Turnverein Wildbad
 Mittwoch Abend 8 Uhr
Turnstunde der Damenriege.
 Der Turnwart.
 Suche ein braves Mädchen das schon gedient hat, zu zweit kubern.
 Auskunft erteilt Frau Haag, Alt-Höfenweg, Calmbach.

Den Weg zum Kunden
 findet jeder Geschäftsmann durch ein Inserat im „Enztal-Boten“ und „Calmbacher-Tagblatt“.

Besten Schutz
 gegen **Verlust**
 durch Feuer und Diebstahl
 bietet die
Stahlkammer.
 Aufbewahrung v. Wertpapieren, Urkunden u. Schmucksac benjd. Art in unsrer
Stahl & Federer Akt.-Ges.
 Filiale Wildbad.

Brennholz
 jeder Art und jede Menge f. u. f. zu höchsten Preisen
K. Schneider,
 Dietlheim, Wittbg.
Düten Beutel
 mit u. ohne Aufdruck liefert
Wildbader Verlagsdruckerei.

Deutsche demokratische Partei

 Wildbad.
 Heute abend 8 Uhr
Ausflug Sitzung
 im Panorama-Hotel.
 Tagesordnung:
 Bericht über die stattgefundene Tagung in N. gold.
 Der Vorstand.

Ziegenfelle 50 Mk.
Rehfelle 30 Mk.
Hirschfelle 45 Mk.
 Obige Preise bezahle jetzt für große gutbehandelte Felle.
Fuchs, Marder, Ittis sowie alle andern Felle allerhöchste Preise.
E. Maildhöfer
 Moderne Citrausflopferei
 Pforzheim Lindenstr. 52
 Telephon 1501. (375)

100 Mk. Belohnung
 demjenigen, der den Täter ermittelt oder Anzeige erstattet, wer mir das Fäßchen Wein Samstag Abend bei der „Sonne“ entwendet hat.
 Nähere Auskunft an Postgebiener Müller oder Landjäger Dufler erbeten.
Visitkarten liefert schnell
 Verlagsdruckerei.

